

Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

# KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind  
Österreich

9 B · 2012

SONDERAUSGABE

## Ein Event mit Schwung

Die Eröffnung des 59. Österreichischen Gemeindetages und der Kommunalmesse demonstrierte die Symbiose zwischen Gemeinden und Wirtschaft. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer begrüßte mehr als 3000 Besucher aus allen österreichischen Gemeinden zu einer Tagung der Extraklasse.



## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Was Sie hier in Händen halten, ist ein Schritt in eine neue Dimension für den Österreichischen Kommunalverlag. Einerseits haben wir die Kommunalmesse um einen Tag verlängert, andererseits betreten wir auch mit der Produktion einer 16-seitigen tagesaktuellen Sonderausgabe Neuland. Zur besseren Orientierung – auch das ist ein Tribut an dieses Novum – finden Sie unten ein kurzes Inhaltsverzeichnis.



Michael Zipmer  
Geschäftsführer

Und erstmals gab es einen „Praxistag“ zur Kommunalmesse. Ein ganzer Tag, während dem die Mitarbeiter der Gemeinden die Innovationen und neuen Geräte der Wirtschaft ausprobieren konnten. Das Echo war mit mehr als 1000 Besuchern am Mittwoch gewaltig und ist für uns ein Auftrag für die Zukunft.

In diesem Sinne wünschen wir weiterhin einen erfolgreichen Gemeindetag 2012.

## Inhalt

- 2 Eröffnung der Kommunalmesse 2012 & Messerundgang
- 6 Bundesvorstandstagung des Gemeindebundes
- 8 FLGÖ-Bundesfachtagung: Thema „Verwaltungsreform“
- 10 Eröffnung des 59. Österreichischen Gemeindetags
- 11 Pressekonferenz: Politik hat Imageprobleme
- 12 Fachtagung: „Stottert der Wirtschaftsmotor Gemeinde“
- 13 Sofagespräch: „Kommunale Beleuchtung“
- 14 Pictures of an Exhibition: Die Kommunalmesse 2012



Alle Fotos: KOMMUNAL/Boltz/Braun/Horvath

Kommunalverlag-Chef Michael Zipmer, die Gemeindebund-Vizepräsidenten Rupert Dworak und Alfred Riedl, Präsident Helmut Mödlhammer, NÖ-Landesrätin Petra Bohuslav, Tullns Bürgermeister Peter Eisenschek, Gemeindebund-General Walter Leiss und der Bezirkshauptmann von Tulln, Wolfgang Riemer, umringt von den traditionellen KOMMUNAL-Mädels.



Verdienter Lohn nach getaner Arbeit: Alfred Riedl erledigt seinen Job bravurös, bestens assistiert von NÖ-Hypomann Wolfgang Viehauer



Auch ein Besuchermagnet: Hier besucht eine Delegation der Marktgemeinde Grafenegg den Stand der Hydro-Ingenieure, die auf der Messe u.a. ihren Kanalspülkombi mit Zubehör, verschiedene Kanalkameras und einen Leitungskataster für Gemeinden präsentierten.



Eine der ersten Stationen Helmut Mödlhammers (2.v.r.) war der Stand der Österreichischen Apothekerkammer, die die vielfältige Bedeutung der Apotheke für die Gemeinden und die Bevölkerung aufzeigte. Hier mit Pressechefin Gudrun Reisinger (li.), dem Chef der burgenländischen Apothekerkammer Hans Tesar und der neuen Vizepräsidentin der nö. Apothekerkammer, Elisabeth Biermeier.



Eröffnung des ersten Praxistages der Kommunalmesse

# „Lasst uns die Latte hoch legen“

Ein vollzähliges Gemeindebund-Präsidium, eine zufriedene Wirtschaftslandesrätin, ein glücklicher Bürgermeister und ein strahlender Verlagschef waren die Hauptfiguren eines Meilensteins der Kommunalmesse:

Der Eröffnung des ersten Praxistages der Messe.

Während Verlagschef Michael Zimper die Prominenz – Landesrätin Petra Bohuslav und die Gemeindebund-Präsidenten Helmut Mödlhammer, Alfred Riedl und Rupert Dworak sowie Tullns Bürgermeister Peter Eisen-schenk – begrüßte, hieß der Gemeindebund-Präsident die Aussteller willkommen. „Sie sind es, die die Messe erst möglich machen und sie sind es auch, die den Gemeinden das Werkzeug in die Hand geben. Ohne die Partnerschaft Wirtschaft und Gemeinden würde das Land nicht so richtig funktionieren können.“

In höchsten Tönen lobte Mödlhammer dann die gewaltigen Entwicklungsschritte, die Niederösterreich gemacht hat.

„Vor 20 Jahren war hier karges Land – und heute blüht hier alles. Und gerade in der Blumenstadt Tulln soll diese Partnerschaft blühen.“

Im Besonderen freute sich Helmut Mödlhammer auch über die gemeinsame Tagung mit dem Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten (FLGÖ) – auch das ein Novum in der Geschichte der Kommunalmesse (Siehe auch Bericht auf Seite 8 dieser Ausgabe). Niederösterreichs Wirtschafts- und Sportlandesrätin Petra Bohuslav gab die Komplimente umgehend zurück: „Wenn so ein schönes Lob von einem Salzburger kommt, dann muss das stimmen.“ Erst die gute Kooperation zwischen Land und Gemeinden

Der Praxistag lockte Scharen von interessierten Gemeindebediensteten nach Tulln: Andreas Kummer von AM-Laser informiert die Besucher aus Bruck an der Leitha über die GPS-Systeme zur Vermessung, die Vermessungsgeräte und die Tauchpumpen aus seinem Angebot.

würde die gute Entwicklung Niederösterreichs möglich machen“, so Bohuslav. Und die Tatsache, dass „98 Prozent der Niederösterreicher/innen mit den Lebensbedingungen im Land hoch zufrieden sind, ist auch ein Resultat dieser Zusammenarbeit. Oder es liegt am Charme der Präsidenten ...“, scherzte Bohuslav und erntete damit schallendes Gelächter. Zum Schluss ihrer Rede, mit der Sie die Messe offiziell eröffnete, spielte sie den Ball weiter: „Im kommenden Jahr sind die Oberösterreicher an der Reihe mit dem Gemeindetag: Lasst uns für sie die Latte hoch legen!“

„Wenn so ein schönes Lob von einem Salzburger kommt, dann muss das stimmen.“

Petra Bohuslav über die gute Kooperation zwischen Land und Gemeinden, die die gute Entwicklung Niederösterreichs möglich machen.



## Oktoberfest in Tulln



Abendlicher Höhepunkt am Messengelände in Tulln war das FLGÖ-Oktoberfest: Ganz offensichtlich gehört das „Bierfassl anschlagen“ nicht zu den normalen Tätigkeiten von Franz Haugensteiner: Der neue FLGÖ-Chef nahm's aber gelassen – und dem Bier war's egal, es hat auch so gut geschmeckt (unten).



„O'zapft is!“ Der erste Schluck gehörte den Hauptakteure Franz Mandl von der nÖ. Gemdat, Franz Haugensteiner, Hannes Pirker von Austrolux, Kommunalverlags-Chef Michael Zimmer, Christian Koch von der Hypo NÖ und Christian Grotenthaler von WRS.



Die „Kathrin-Zettl-Parodie von Moitzi & Schwab war der Brüller – im wahrsten Sinn des Wortes flossen Tränen bei so manchem Lachanfall. Damit nicht genug, erwiesen sich manche Salzburger Gäste zu den Klängen des „Rainermarsches“, gespielt von den „Aspanger Spitzbuam“ als echte „Gipfelstürmer“.



Die sportlichen Vorarlberger haben nicht nur die neuen Tretroller ausprobiert, sie testeten auch die praktischen Abstellsysteme von „Rollerstopp“. Dieser Scooterständer ermöglicht es, Tretroller mit einem Handgriff geordnet und sicher zu parken und zusätzlich mit einem handelsüblichen Vorhängeschloss gegen Diebstahl zu schützen.



Die Delegation der Gemeinde Thannhausen zu Besuch beim Stand der Firma Sierzega. Diese Elektronik-Firma mit Sitz in Thening in Oberösterreich ist Spezialist für Elektronik für Verkehrssicherheit, Radar, LED Displays und Verkehrszählgeräte.



Martin Weiss, Leiter der Presseabteilung des Außenministeriums, Christian Rupp (Sprecher der Plattform „Digitales Österreich“) Ronald Sallmann (E-Government Beauftragter des Städtebundes), Roland Ledinger (Bundeskanzleramt) und Robert Garhofer (Informationstechnologie, NÖ Landesregierung) informierten bei einem Frühstück über die Möglichkeiten der digitalen Datenübertragung für Gemeinden. Von der Handy Signatur bis zur elektronischen Zustellung können dadurch Kosten und Mühe gespart werden.



Die Erste Group Immorent informierte über die Zukunft der kommunalen Finanzierung. Beleuchtet wurden dabei vor allem die geänderten steuerlichen Rahmenbedingungen für Leasing. Für Vermietungen mit Baubeginn ab 1. September gibt es nämlich für Vermieter keine Möglichkeit zum Vorsteuerabzug mehr. Dadurch wird Leasing in nächster Zeit teurer. Stefano Massera und Günter Schmidt erklärten, warum Leasing aber trotzdem weiterhin eine interessante Finanzierungsvariante bleibt. Der Schuldenstand einer Gemeinde wird dadurch nämlich nicht erhöht.

## Benefiz-Konzert in Grafenegg

Fotos: Carina Rumpold



Standing Ovations und rote Rosen gab es für die Jungen Tenöre und das Rondo Vienna am Mittwoch Abend in Grafenegg: Tausend begeisterte Musikgäste lauschten den Liedern; angefangen von „Mama Mia“ und „Amazing Grace“ über „Dein ist mein ganzes Herz“, ein letztes Lied und „Ave Maria“ bis hin zum Trinklied aus la Traviata. Begleitet wurde der Konzertabend von den humorvollen Zwischeneinlagen der Jungen Tenöre Hans Hitzeroth (42), Ilja Martin (33) und Hubert Schmied (44).

Den Höhepunkt des Abends bildete die Instrumentaleinlage des Damenorchesters mit Geigerin Barbara Helfgott. Der Erlös des Konzerts kommt einem sozialen Zweck zu Gute.





Heiß her ging es im Kremser Hotel Steigenberger bei der Arbeitstagung des Bundesvorstandes des Österreichischen Gemeindebundes: Themen wie Wehrpflicht und Sozialjahr, aber auch Eisenbahnkreuzungsverordnung und Radarüberwachung erregten die Gemüter.

Bundesvorstand des Gemeindebundes tagte im Kremser „Steigenberger“

# Aus finanzieller Sicht ist das ein „durchwachsener Bericht“

Mit diesen Worten beendete Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer seinen Bericht zur „Lage der Gemeinden“ im Rahmen der Bundesvorstandssitzung des österreichischen Gemeindebundes.

Themen wie Stabilitätspakt, Eisenbahnkreuzungen oder Radarüberwachungen beherrschten die Szenerie.

Vor allem das Thema Finanzen war – wie könnte es auch anders sein – beherrschend. Wie Helmut Mödlhammer ausführte, seien die Erträge zwar gewachsen, was die Gemeinden freut. Leider müsse das Geld sofort für immer neue Ausgaben verwendet werden, sodass manchmal unterm Strich sogar weniger herauschaue. Vor allem der kommende Verlust des Vorsteuerabzugs schmerze ihn, so der Präsident. Deshalb müsse man von einem durchwachsenen Bericht sprechen. Relativ heftig wurde über die kommenden Landesverwaltungsgerichtshöfe diskutiert. Diese seien ein massiver Eingriff

in die Gemeindeautonomie – vor allem für das einstufige Verfahren bei Bau-Sachen. Ein weiteres Thema in der Bundesvorstandssitzung waren die Jubiläumsfeiern zum 50. Jahrestag der Gemeindeverfassungs-

novelle mit dem spannenden, aber extravaganen Vortrag des Grazer Professors Pichler. Außerdem wurde die Forderung an die Bundesregierung erhoben, die Gemeinden in die 15a-Verhandlungen zum Thema „Förderungen“ einzubinden. Eingang in die Resolution (Auszüge davon auf den Seiten 8 und 10) fand auch die Forderung nach Unterstützung der Freiwilligenarbeit. Eine Erfolgsgeschichte konnte Helmut Mödlhammer auch berichten: Die Initiative „familienfreundliche Gemeinde“ entwickelte sich sehr gut weiter.



Das Präsidium des Gemeindebundes: Die Vize-Präsidenten Rupert Dworak und Alfred Riedl, Präsident Helmut Mödlhammer sowie Generalsekretär Walter Leiss.

## Kommunale Investition schaffen Jobs in den Regionen

Als wichtiges Signal zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa bezeichnet Nationalrat GGR Hannes Weninger die Initiative der EU-Kommission zur Schaffung neuer Jobs. „Vor dem Hintergrund einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von rund zehn Prozent und teilweise dramatisch hoher Jugendarbeitslosigkeit in einigen europäischen Staaten muss es rasch zu einer europaweit koordinierten Arbeitsplatzinitiative kommen. Der „Ausschuss der Regionen“ unterstützt das Wachstumsprogramm „Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten“ mit dem Ziel, bis 2020 rund 20 Millionen neue Arbeitsplätze

sundheits- und Sozialwesen und in der Informations- und Kommunikationstechnologie fördern und Unternehmensgründungen erleichtern. Besonderes Augenmerk legt die EU auf die Beschäftigung von jungen, weiblichen, weniger qualifizierten und älteren Arbeitskräften.

„Der Ausschuss der Regionen steht voll zur EU-Wachstumsstrategie Europa 2020 und verwies in der Diskussion mit EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy auf die nachhaltige Wirkung kommunaler Investitionen für die Schaffung und Sicherung regionaler Arbeitsplätze“, berichtet Weninger vom AdR-Plenum in Brüssel.

„Um Europa vor einer schweren sozialen Krise zu bewahren, muss der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik in allen EU-Gremien eine zumindest gleichwertige politische Aufmerksamkeit gewidmet werden, wie dem Abbau der Staatsschulden“, betont Weninger. Angesichts von rund sechs Millionen Arbeitsplätzen, die während der Finanz- und Wirtschaftskrise EU-weit verloren gingen, dürfen sozial verträgliche Budgetkonsolidierung und offensive Arbeitsmarktpolitik nicht gegeneinander ausgespielt werden. „Da im Artikel 3 des Vertrages von Lissabon Vollbeschäftigung und sozialer Zusammenhalt als EU-Ziele festgelegt sind, kann die Antwort auf die Krise nur nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heißen“, unterstützt Weninger die Kommissionsvorschläge als einen wichtigen Schritt in Richtung Europa der Bürger.

Nationalratsabgeordneter und Gemeinderat Hannes Weninger aus Gießhübl vertritt den Österreichischen Gemeindebund im AdR und KGRE in Brüssel.

ze in Europa zu schaffen“, so Weninger. Der Kommissionsvorschlag will die Mitgliedstaaten zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik verpflichten, das große Beschäftigungspotential vor allem in den Bereichen Green Jobs, im Ge-

## Neue Studie „Berufsbild Bürgermeister“ Arbeitsgruppe initiiert: „Bürgermeister 2050“

„Die jetzt aktuell vom Gemeindebund präsentierte Studie „Berufsbild Bürgermeister“ zeichnet leider ein sehr dramatisches Bild. Fast 90 Prozent der österreichischen Bürgermeister geben darin an, dass sich ihr Aufgabenfeld eklatant zum Nachteil verändert hat. Ein sattes Drittel der derzeitigen Amtsinhaber will bei der nächsten Wahl nicht mehr antreten. Aber nicht aus Altersgründen, sondern weil die Herausforderungen, die dieses so wichtige Amt mit sich bringt, ständig steigen. In vielen persönlichen Gesprächen erfahre ich – und auch aus eigener Erfahrung weiß ich nur zu gut, dass sich das Aufgabenfeld von der Funktion des Amtsmannes hin zu einem professionellen Kommunalmanager wandelt. Deshalb glaube ich, dass es höchste Zeit ist, das Berufsbild Bürgermeister intensiv zu diskutieren und neu zu definieren.

Wie schaut dieser Beruf in 30, 40 Jahren aus? Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion werde ich deshalb im Österreichischen Gemeindebund die Einsetzung einer überparteilichen Arbeitsgruppe unter dem Titel „Bürgermeister 2050“ initiieren, die sich intensiv und nachhaltig mit dem Berufsbild des Bürgermeisters in der Zukunft auseinandersetzt. Unsere Bürgermeister und Bürgermeisterinnen brauchen eine profunde Ausbildung mittels verpflichtender Schulungen

und Kurse, um sie zu echten Kommunalmanagern zu machen. Denn es ist klar, Gemeinden mit Millionen-Budgets sind defacto Unternehmen, die – wie in der Privatwirtschaft – sparsam und effizient zu führen sind. Dieser Diskussionsprozess hat sich aber auch damit zu beschäftigen, welche sozialen Absicherungen wir den Bürgermeistern zukommen lassen. Und ich denke man ist gut daran, den Bürgermeistern ab einer gewissen Gemeindegröße, ab etwa 5.000 Einwohnern, auch eine Hauptamtliche Stellung zukommen zu lassen, weil diese oft ihren Beruf aufgeben müssen, um ihr verantwortungsvolles Amt ausüben zu können.“



Foto: COR/Gemeindebund



Rupert Dworak, Bürgermeister von Ternitz in NÖ, Präsident des sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes in NÖ und Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebund.

## Resolution des 59. Gemeindetages (Auszug)

# Finanzen, Förderungen und Freiwilligenarbeit

### Verfassung

Die Abschaffung des innergemeindlichen Instanzenzuges bedeutet einen tiefen Eingriff in die Gemeindeautonomie. Die Ausschaltung des Gemeinderates/ Gemeindevorstandes aus der hoheitlichen Gemeindeverwaltung im eigenen Wirkungsbereich ist auch demokratiepolitisch bedenklich, da diese demokratisch legitimierten Organe maßgeblichen Einfluss auf die Verwaltungsführung im Bereich der Hoheitsverwaltung verlieren. Ihnen wird die Möglichkeit genommen, konfliktgeladene Verwaltungsverfahren rasch, bürgernah und unter Einbeziehung aller Konfliktparteien fortzuführen und nach Möglichkeit auch konsensual abzuschließen.

Gemeinden und ihre Interessensvertretungen tragen den kooperativen Bundesstaat mit. Dennoch können Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG, auch wenn dadurch die Gemeinden organisatorisch wie finanziell betroffen sind, derzeit nur von Bund und Ländern geschlossen werden. Die Gemeindeautonomie ist eine der zentralen Wertentscheidungen des österreichischen Verfassungsrechts. Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes verlangt die Beibehaltung des innergemeindlichen Instanzenzuges als Ausdruck der Gemeindeautonomie und lehnt Tendenzen zur Abschaffung dieses Prinzips mit Nachdruck ab. Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes fordert die Verantwortlichen auf Länderebene auf, zu beachten, dass Gemeindezusammenlegungen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und der kommunalen Selbstverwaltung nur mit Zustimmung der Bevölkerung aller an der Fusion beteiligten Gemeinden möglich sind. Zwangsfusionen werden vehement abgelehnt.

Vollzugsbestimmungen in 15a-Verträgen müssen vom Grundsatz der Subsidiarität getragen

sein, um für sachgerechte Lösungen in den Gemeinden entsprechenden Spielraum einzuräumen.

Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes fordert daher, dass die kommunalen Spitzenverbände in Stand gesetzt werden, um Verträge abzuschließen, die den Staatsverträgen zwischen Ländern bzw. Bund gem. Art 15a B-VG nachempfunden sind.

### Finanzen

Die Kommunalsteuer und die Grundsteuer müssen als bedeutende Grundpfeiler der Gemeindefinanzen als ausschließliche Gemeindeabgaben erhalten bleiben, bzw. ist die Grundsteuer endlich zu reformieren.

Die Gemeinden dürfen nicht über den so genannten „grauen Finanzausgleich“ benachteiligt werden, indem ihnen durch neue Gesetze die Einhaltung kostenreibender Standards überbürdet werden. Zur Eindämmung dieser Entwicklung muss von den gesetzgebenden Körperschaften die Einhaltung der Instrumente des Konsultationsmechanismus eingefordert werden. Dafür muss Transparenz der Folgekosten und Verhandlungsbereitschaft auch bei Bund und Ländern herrschen. Die Gemeinden leisten als Umsetzer von nationalen und europäischen Politiken die Basisarbeit und tragen die daraus entstehenden Kosten. Oft sind es Bundes- oder Landesnormen, aber auch europäische Normen, die immer höhere Standards abverlangen und den Gemeinden Kosten überwälzen.

Erst jüngst sollte mit dem Vorschlag bundesweiter Qualitätsstandards in der Kinderbetreuung, die weit über das derzeitige Maximalniveau in einzelnen Bundesländern hinausgehen, direkt in die kommunalen Haushalte eingegriffen werden. Abgesehen von den Kostenfolgen führen derartige Standards dazu,



Lauf Bekanntgebung im Parlament soll sie die „größte Verwaltungsreform seit 1920“ werden. „Mehr Rechtssicherheit für die Bevölkerung und mehr Bürgernähe sei internationaler Standard“ wurde die Novelle zitiert. Doch gerade auf der kommunalen Ebene wird die Reform kritisch gesehen. Für viele BürgermeisterInnen und AmtsleiterInnen stellt sich die Frage, ob es dadurch zu einem Angriff auf die Gemeindeautonomie kommt. Dr. Martin Huber, Landesgeschäftsführer des GVV Salzburg, der im Rahmen der Kommunalmesse diesbezüglich einen Vortrag hielt, sieht in der „Reform“ einen Rückschlag für die „vorbildhafte kommunale Selbstverwaltung in Österreich“. Sie werde ab 2014 ihre „besten Jahre hinter sich gelassen haben“, so der Salzburger GVV Geschäftsführer. Die Möglichkeit, letztinstanzliche Bescheide der Gemeinden bei der Aufsichtsbehörde im Wege des sog. „Vorstellungsverfahrens“ zu bekämpfen, werde entfallen. Noch mehr würde die Gemeinden die in einigen Bundesländern geplante Abschaffung des innergemeindlichen Instanzenzuges (im Regelfall entscheidet derzeit die Gemeindevertretung über Berufungen gegen Bescheide des Bürgermeisters) treffen. Auch



Helmut Mödlhammer, Anna Sporrer, Martin Huber vom Salzburger Gemeindeverband und Franz Haugensteiner, neuer Chef des FLGÖ, diskutierten über die Verwaltungsreform.

FLGÖ: Verwaltungsreform beherrschendes Thema der Bundesfachtagung

# Historische Reform oder Angriff auf die Gemeindeautonomie?

Die Bundesverfassungsgesetzesnovelle zur Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit tritt mit 1. April 2014 in Kraft. Eine breite Informations- und Diskussionsveranstaltung in Form einer Fachtagungklärte die Teilnehmer auf und lud zur Diskussion. Die Veränderung wird von den Gemeinden trotz Sonderregelung skeptisch gesehen.

Gemeinbundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer betont seine Abneigung und spricht von einem Einschnitt in der aktuellen Diskussion in die „direkte Demokratie“. Er führte mit Dr. Anna Sporrer vom Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt, die die Reform verteidigte, eine rege Diskussion, an der sich auch die Besucher des Gemeindegates und der Kommunalmesse beteiligten. Sporrer betonte die

Sonderstellung der Gemeinden, die im Zuge der Reformen als Einzige „ein Extrawürstchen“ be-

kamen. Neben allen anderen Verwaltungsorganen seien sie die Einzigen, die zwei Instanzen behalten dürfen.

Wie bei allen strukturellen Veränderungen, ist auch diese Reform mit Aufwand verbunden. Eine dementsprechende Vorbereitung daher sinnvoll. Die Vorteile liegen laut Dr. Martin Huber auf Seiten des Bundes, eine Entlastung des Bundesbudgets und die Reduktion der Verfahren des Verwaltungsgerichtshofes

gehe damit einher. Die Länder jedoch seien mit höheren Kosten und einer Zunahme der Rechtsmittelverfahren konfrontiert.



Beim Thema Landesverwaltungsgerichtshöfe entscheiden Richter, ohne die Vorort-Verhältnisse zur berücksichtigen.

Gemeinbundpräsident Helmut Mödlhammer

## Resolution des 59. Gemeindetages (Fortsetzung)

dass das eigentliche Ziel eines Ausbaus der institutionellen Kinderbetreuung und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht erreicht werden. Ein weiteres Beispiel für solche Kostentreiber ist die im Juni 2012 erlassene Eisenbahnkreuzungsverordnung. Sie sieht eine technische Sicherung unzähliger bislang nicht technisch gesicherter Kreuzungen vor. Berechnungen zufolge ergeben sich Kostenfolgen für die Gemeinden als Straßenerhalter in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrages. Ein Beispiel für kommunale Kostenschübe auf europäischer Ebene ist die von der EU-Kommission geplante Änderung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Der Vorschlag verursacht zwar erhöhte Kosten für Untersuchungskosten oder zusätzliche Reinigungsmaßnahmen bei kommunalen Kläranlagen, bewirkt jedoch keine zusätzlichen Steuerungsmöglichkeiten zugunsten der Umwelt. Einzig die generierten Kosten hätte die Allgemeinheit ohne einen erzielten Vorteil zu tragen. Bundes- und Landesregierungen, aber auch die Mitglieder in den gesetzgebenden Körperschaften auf Bundes- und Landesebene und im EU-Parlament werden aufgerufen, den Gemeinden keine kostentreibenden und überschießende Standards aufzubürden und die Verpflichtungen aus dem Konsultationsmechanismus im Sinne der Transparenz und der Verhältnismäßigkeit nachzukommen.

### Förderung kommunal wichtiger Sektoren

Die Förderung und Finanzierung wichtiger Sektoren der kommunalen Aufgaben darf nicht zu Lasten der Kommunen reduziert werden. In kommunalen Schlüsseltechnologien müssen verstärkte Förderungen dafür Sorge tragen, den ländlichen Raum zu stärken.

Nach den Hochwasserereignissen dieses Sommers haben sich der alpine Schutzwasserbau und die Waldpflege zur Verringerung des Gefährdungspotenzials als politi-

sche Priorität für den ländlichen Raum in Erinnerung gerufen. Diese präventiven Maßnahmen, ob nun als Bauprojekte oder forstliche Arbeitsleistung, werden zu einem Großteil von den Gemeinden getragen. Auch die Siedlungswasserwirtschaft hat einen bedeutenden umweltpolitischen Nutzen und unterstützt die Gemeinden im ländlichen Raum, an die Qualität in den Ballungsräumen anzuschließen. Eine verstärkte Förderung des ländlichen Raumes muss vor allem dafür sorgen, dass die Schlüsselinfrastrukturen für einen attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum im ländlichen Raum ausgebaut werden. Hier ist die zentrale Bedeutung der flächendeckenden Breitbandversorgung zu erkennen, um die Gleichheit der Lebensbedingungen in unserem Bundesgebiet zu gewährleisten.

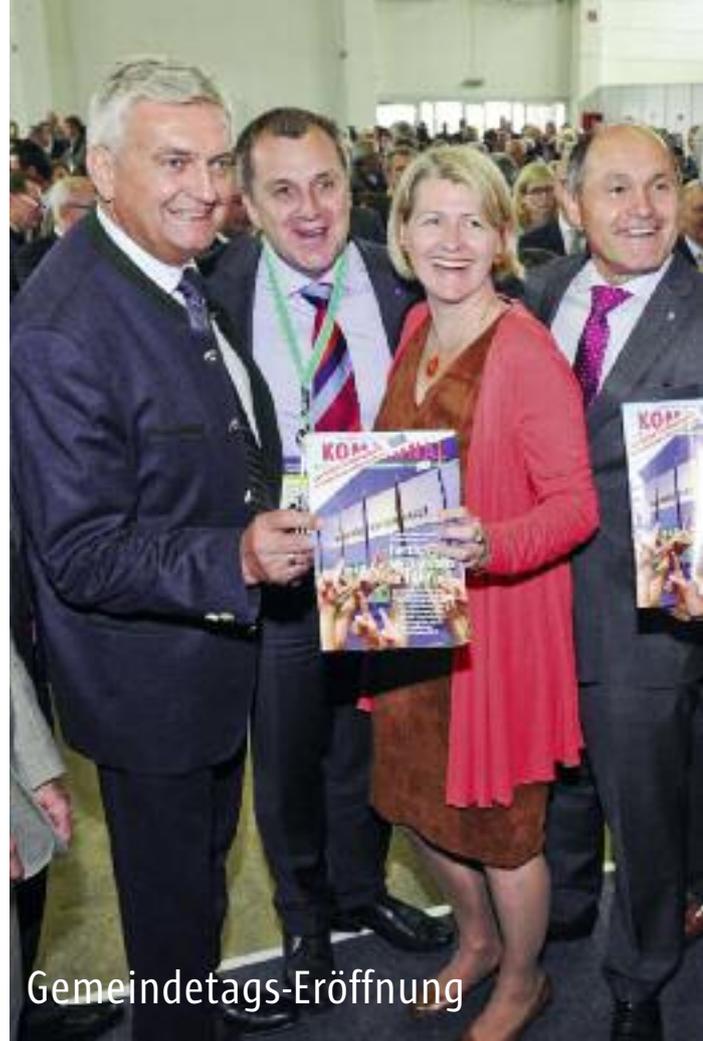
Im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft und der Wildbachverbauung werden der Bund und die Länder aufgefordert, für eine entsprechende Dotierung im Sinne des ausgewiesenen Bedarfes vorzusorgen.

Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes fordert die Bundesregierung auf, die Finanzierung der Pflege über das Jahr 2014 hinaus zum Gegenstand von Verhandlungen in der Vorbereitung der Gespräche zum neuen Finanzausgleich zu machen.

Es sind alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, dass die Grundsteuer als gemeindeeigene Abgabe erhalten bleibt.

### Freiwilligenarbeit

Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, die Rahmenbedingungen für die Freiwilligenarbeit und das ehrenamtliche Engagement in unserer Gesellschaft mit allen Mitteln zu erhalten, zu fördern und so zu gestalten, dass sich der ehrenamtliche und unentgeltliche Dienst am Gemeinwesen auch in Zukunft positiv entfalten kann.



Gemeindetags-Eröffnung

# Erwartungen sind groß

Niederösterreich bot die erste Garde auf, um den 59. Österreichischen Gemeindetag und die Kommunalmesse 2012 zu eröffnen. Und Helmut Mödlhammer brachte die Stimmung auf den Punkt, als er den Gemeinden attestierte, „Lebensqualität zu schaffen.“

Landeshauptmannstellvertreter Wolfgang Sobotka, Landesrat Stephan Pernkopf, Tullns Bürgermeister Peter Eisen-schenk, Sozillandesrätin Karin Scheele, die beiden GVV-Chefs Alfred Riedl und Rupert Dworak eröffneten gemeinsam mit Helmut Mödlhammer den 59. Österreichischen Gemeindetag. Mödlhammer streute den Gastgeber Rosen, als er die Rolle des „kleinen land-bürgermeisters“ betonte, der neben der „geballten Macht Niederösterreichs“ stehen dürfe – und hatte die Lacher auf sei-



Alfred Riedl, Rupert Dworak, Karin Scheele, Wolfgang Sobotka, Helmut Mödlhammer und Stephan Pernkopf nach der Eröffnung des Gemeindetages.

ner Seite. Aber vor allem bezog sich Mödlhammer auf die Erwartungshaltung der fast 4000 anwesenden Besucher und Delegierten aus allen Gemeinden. „Wir schaffen Lebensqualität,“ rief der Gemeindebund-Chef unter tosendem Applaus.

Wolfgang Sobotka ging dann in medias res, als er die Gemeinden als die wahren Sparmeister der Nation bezeichnete.

„Bei 33 Prozent des Steuergeldes liegt die kommunale Schuldenquote bei 12 Prozent, die des Bundes bei 67 Prozent des Steuergeldes aber bei 82 Prozent,“ unterstrich Sobotka die wahren Verhältnisse.

Landesrat Stephan Pernkopf unterstrich die Gemeinsamkeiten des Landes mit Gemeinden: „Ein Weg aus der Krise kann nur gemeinsam gelingen. Und wir in Niederösterreich gehen deshalb voran. Auch das ein Grund, warum wir das Energiegemeindepaket geschnürt haben, um die Gemeinden zu unterstützen.“

Hausherr Peter Eisenschenk freute sich am meisten über den Gemeindetag in Tulln. Er hob die Bedeutung Tullns als Messestandort hervor und bemühte einen Vergleich aus der berühmten „Gartenmasse Tulln“: „Man kann nur zum Blühen bringen, was man vorher pflegt.“

## Gemeindebund-Pressekonferenz



Gerammelt voll war der Presseraum der Tullner Messe, als die Gemeindebund-Spitzen Helmut Mödlhammer, Alfred Riedl und Rupert Dworak (im Bild Hintergrund) die brandaktuelle Studie vorstellten.

### Zwei Umfragen und eine bedenkliche Tatsache

## „Politik“ hat Imageproblem

In einer Blitzumfrage durch das Meinungsforschungsinstitut OGM hat der Österreichische Gemeindebund im Vorfeld des Gemeindetages die Stimmungslage bei der Bevölkerung über die politischen Ebenen erheben lassen.

„Wir haben das in den letzten Jahren immer wieder abfragen lassen“, erklärte dazu Gemeindebund-Chef Mödlhammer. Zum Teil könne man die Ergebnisse daher vergleichen und Trends ablesen. Die Frage „Welcher politischen Ebene vertrauen Sie am meisten?“ beantworteten 39 Prozent mit: „Meiner Gemeinde“. 23 Prozent vertrauen den Bundesländern am meisten, nur neun Prozent vertrauen der Bundesebene, sechs Prozent der EU-Ebene. Trotz des für uns erfreulichen Ergebnisses muss man schon anmerken, dass der generelle Frust über die Politik auch auf diesen Index stark durchschlägt,“ so der Gemeindebund-Chef.

Gemeinsam mit dem renommierten Beratungshaus PriceWaterhouseCooper (PwC) hat der Gemeindebund die heimischen Bürgermeister/innen zum „Berufsbild Bürgermeister“ befragt. Dabei gaben 88 Prozent der rund 500 befragten Ortschefs an, dass

sich ihr Aufgabengebiet in den letzten Jahren vergrößert hat. Verkleinert hat sich das Pensum de facto bei niemandem.

Aber das Gravierendere sei die Tatsache, dass rund ein Drittel (29 Prozent) der amtierenden BürgermeisterInnen nicht mehr kandidieren will.

Wenig überraschend, aber umso wichtiger ist daher, die bei der Umfrage geäußerte Forderung nach mehr und besseren Ausbildungsangeboten für Amtsträger. „Wenn die Anforderungen steigen, dann steigt auch das Bedürfnis nach mehr Schulungsangeboten“, sagen die beiden Gemeindebund-Vizes Alfred Riedl und Rupert Dworak. „Ein großer Teil der Kollegen würde sogar verpflichtende Schulungen begrüßen.“ Dies sei nicht nur bei Amtsantritt ein Thema, „wichtig ist, dass es ähnlich wie bei den leitenden Bediensteten ein permanentes Angebot an Aus- und Weiterbildung gibt“, so Riedl. „Hier sind wir vom Gemeindebund schon in sehr konkreten Gesprächen, um Ausbildungsschienen zu öffnen, die auch für die Zeit nach dem Bürgermeisteramt wertvoll sind.“

[www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)



Fachtagung: „Stottert der Wirtschaftsmotor Gemeinde?“

# Forderungen von und Förderungen für Gemeinden

Die Fachtagung am gestrigen Nachmittag hätte schon nach wenigen Minuten beendet werden können. Denn die zentrale Frage „Stottert der Wirtschaftsmotor Gemeinde?“ wurde von allen fünf am Podium sitzenden Teilnehmern mit einem klaren „Nein“ beantwortet.

So harmonisch ging es bei der Fachtagung aber nicht weiter. Vor allem als das Publikum die Möglichkeit hatte, Fragen zu stellen, wurde es manchmal emotional. So etwa beim Statement eines Teilnehmers, der als 16-facher Großvater die Ansicht vertrat, dass es unverantwortlich sei, kleine Kinder in Betreuungseinrichtungen zu „stecken“. Stattdessen sollten – so die Meinung des Diskutanten – die Vä-

ter weniger Lohnsteuer zahlen, damit die Mütter zu Hause bleiben könnten. Replik von Sozialminister Rudolf Hundstorfer: „Wenn Sie der Meinung sind,

dass Frauen nur Kinder kriegen und dann daheim bleiben sollen, dann entspricht Ihr Weltbild nicht dem der Mehrheit der Österreicher.“ Allgemein anerkanntes Ziel sei vielmehr, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen.

Auf die Frage eines Teilnehmers, wann die Gemeinden endlich wieder ihre Radarkästen einschalten dürften, meine Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer: „Dieses Thema ist eines der leidigsten, dass ich in meiner Laufbahn kennen gelernt habe.“ Politisch sei das Problem schon gelöst, aber von Beamtenseite würde eine vernünftige Lösung immer wieder torpediert. „Es ist leider in diesem Land so, dass wir oft keine Problemlöser, sondern Problemerzeuger haben.“

Zum eigentlichen Thema der Fachtagung, „Stottert der Wirtschaftsmotor Gemeinde?“ stellte der Präsident des niederösterreichischen VP-Gemeindevertreterverbandes, Alfred Riedl, klar: „Er stottert nicht, aber er läuft langsamer.“ Verantwortlich dafür seien unter anderem neue gesetzliche Bestimmungen, die für zusätzliche Kosten sorgen. Dem stimmte sein SP-Pendant Rupert Dworak vollinhaltlich zu. „Die Gemeinden gehen mit Steuergeldern sehr verantwortungsvoll um. Wir brauchen



Ihr Weltbild entspricht nicht dem der Mehrheit der Österreicher!

Sozialminister Rudolf Hundstorfer zu einem Teilnehmer der Fachtagung, der sich dafür aussprach, dass Mütter bei ihren Kindern bleiben sollten.

ter weniger Lohnsteuer zahlen, damit die Mütter zu Hause bleiben könnten. Replik von Sozialminister Rudolf Hundstorfer: „Wenn Sie der Meinung sind,



Es ist leider so, dass wir oft keine Problemlöser, sondern Problemerzeuger haben.

Helmut Mödlhammer über die Diskussion über die Radarüberwachung durch Gemeinden.



Manfred Moormann von A1, Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Moderatorin Christiane Teschl-Hofmeister und die niederösterreichischen GVV-Chefs Alfred Riedl und Rupert Dworak.

aber die Sicherheit, dass Bund und Länder nicht immer wieder neue Ausgaben erfinden, die zu Lasten der Gemeinden gehen“, so Dworak. Als Beispiel für Derartiges nannte Gemeindebund-Chef Mödlhammer den 15a-Vertrag über Kinderbetreuung, der die Gemeinden mit 100 Millionen Euro belastet. „Die Kinderbetreuung in diesem Land funktioniert hervorragend. Wenn wir uns einen Ausbau nicht leisten können, sollte man darauf verzichten.“

Manfred Moormann von A1 meinte, dass die Förderstruktur so gestaltet werden müsse, dass Investitionen leichter möglich werden, und er nannte den Ausbau des Breitband-Internets als Beispiel. Mödlhammer bedauerte in diesem Zusammenhang, dass die zugesagte Förderungs-Milliarde für das Breitband nie Wirklichkeit geworden ist. Und er wiederholte seine Forderung nach einem Masterplan für den ländlichen Raum.

Weitgehend einig war man sich am Podium auch, als es um die Frage nach Gemeindezusammenlegungen ging. Diese wurden allgemein abgelehnt. Sogar der einzige Bundesvertreter, Minister Hundstorfer, meinte – auf das so genannte dänische Modell (nur wenige, aber dafür sehr große Gemeinden, und Bundesländer mit nur wenig Kompetenzen) angesprochen –,

dass man Großgemeinden nur dann schaffen könne, wenn man gleichzeitig die Landesverwaltung reduzieren würde. „Das ist ja ganz einfach – oder zumindest einfach gesagt.“ Und weiter: „Ob das der Erwin (Anm.: Niederösterreichs Landeshauptmann Pröll) morgen auch so sieht, steht auf einem anderen Blatt.“

Auf die Frage der Moderatorin, wie man junge Menschen dazu motivieren könne, sich politisch zu engagieren, meinte der Minister: „Im Gegensatz zu den meisten Bürgermeistern verdie-

ne ich sehr gut, aber mit meinem Ministergehalt lacht mich trotzdem jeder Bankdirektor aus.“ Man müsse ehrlich sein und klarstellen, dass Qualität auch bezahlt werden muss. Dieser Argumentation folgte auch der einzige Nicht-Politiker am Podium, A1-Mann Manfred Moormann. „Ich verstehe nicht, warum sich Politiker nicht trauen, höhere Gehälter zu zahlen. Wenn man die besten Leute in der Politik haben will, muss man sie auch entsprechend bezahlen.“

## Sofagespräch



Sofagespräch „Kommunale Beleuchtung“: Die Gemeindebund-Vizepräsidenten Alfred Riedl und Rupert Dworak diskutierten mit Norbert Kolowrat von Philips Austria (li.) und Alois Steinbichler (2.v.l.) von der Kommunalkredit Austria über die Zukunft der kommunalen Beleuchtung.

## Sofagespräch „Kommunale Beleuchtung“

# Niederösterreich ist Vorreiter

Beim Sofagespräch „Kommunale Beleuchtung“ diskutierten Alfred Riedl (VP GVV-Präsidenten) Rupert Dworak (SP-GVV-Präsident), Alois Steinbichler (Kommunalkredit) und Norbert Kolowrat (Philips Österreich) ein für die Gemeinden aktuelleres Thema: Laut einer EU-Richtlinie wird ab 2015 das Inverkehrbringen von Quecksilberdampf-Lampen EU-weit verboten. Die Gemeinden sind bestens informiert und planen bereits die Umrüstung auf energieeffiziente LED-Leuchten. In Niederösterreich ist man sogar schon einen Schritt weiter: Die Gemeinde Grafenwörth (Bezirk Tulln) hat ihre Straßen bereits vollständig auf die energieeffizienten Leuchten umgestellt und ist damit Vorreitergemeinde. Der Startvorteil für die NÖ Gemeinden: Sie werden vom Land mit 100 Euro je Lichtpunkt gefördert. „Wir sparen durch die Umstellung jährlich 68.000 Euro“, so der Grafenwört-

her Bürgermeister und GVV-Chef Alfred Riedl. „Durch die Gesamtanierung konnten die Marktgemeinde Grafenwörth und die fünf umliegenden Katastralgemeinden ihren Energieverbrauch um mehr als 70 Prozent senken und entsprechend CO<sub>2</sub> einsparen“, weiß Norbert Kolowrat von Philips Österreich. An den finanziellen Möglichkeiten scheitert die LED-Umstellung aktuell noch in der Gemeinde Ternitz. 3.800 Lichtpunkte müsste Bürgermeister Rupert Dworak in seiner Gemeinde auf energieeffiziente Lampen umstellen. Die Kosten: 1,52 Millionen Euro. Ein paar Jahre haben die Gemeinden noch Zeit, ihre Straßenbeleuchtung auf die neue Technik umzurüsten. Zahlreiche NÖ Gemeinden zeigen bereits vor, wie es geht und dass sich die Investition rechnet. Eine Vielzahl weiterer Kommunen hat auch schon entsprechende Förderanträge beim Land NÖ eingebracht.



Als ehemaliger Bürgermeister besuchte auch NÖ Landesrat Karl Wilfing (3.v.l.) die Messe – und stellte sich bereitwillig für Fotos zur Verfügung.



## Eisstock-Eishockey-Event

# GreenIce - Top Hit für Gemeinden



Die Brüder Clemes und Martin Stangelberger, beides Spieler des EHC Tulln, waren die ersten (Profi-)Tester der GreenIce-Fläche. Ihr Eindruck: „Für Freizeiteisläufer sicher toll, für Profi-Eishockeyspieler vielleicht nicht.“ Genau das ist aber auch die Intention des „GreenIce-Erfinders“ Christian Steg: „Ich habe das Produkt gemeinsam mit Eishockeyspielern und Eiskunstläufern entwickelt. Deren Inputs und die Verwendung hochwertigsten Ausgangsmaterials lassen uns bis fast an Eis herankommen.“ Und er erzählt die Geschichte des Trainers des Eishockey-Club „Young Lions“ aus Deutschland, der meinte, „nach 20 Minuten merkst du keinen Unterschied mehr.“ Interessierte Gemeinden haben auch die Möglichkeit, sich eine Testfläche von rund 20 m<sup>2</sup> auflegen zu lassen und sich von GreenIce selbst überzeugen zu können.



Die NÖ-Wirtschafts- und Sportlandesrätin Petra Bohuslav kam beim Eisstockschießen voll auf ihre Kosten – und sie genoss ihren perfekten Schwung und das gute Trefferbild sichtlich.



Weit über die „kommunalen Kreise“ hinaus hat sich die Messe in Tulln herum gesprochen. Und so standen vier Burschen der landwirtschaftlichen Fachschule Tulln plötzlich vor Robert Sierzega (rechts) und ließen sich von ihm die Produkte erklären.



Stammgäst auf der Kommunalmesse sind auch die Experten von Rabmer-Bau. Die Spezialisten für grabenloses Bauen sind dementsprechend auch eine gut besuchte Anlaufstelle – was die Mannen aus der Gemeinde Rosenau am Hengstpass bewiesen.



Stangl Reinigungstechnik GmbH ist im Bereich Kommunaltechnik mit Kehrmaschinen, Geräteträgern, Hubarbeitsbühnen sowie den hochwertigen Kommunal-Transportern vertreten. Zudem ist der Bereich Geräteträger BBG-gelistet – was zahlreiche Delegationen aus den Gemeinden (im Bild die aus dem niederösterreichischen Bad Erlach) anlockte.



Gerhard Kraft, Baumkatasterspezialist von den Bundesforsten (2.v.l.), freute sich über regen Zulauf. Hier kamen die Neulengbacher zu einer Baumkatasterbesprechung zusammen.



Gerhard Baumgartner von der BIG begrüßt Helmut Mödlhammer. Baumgartner war lange Jahre Bürgermeister von Markt Piesting und kennt den obersten Bürgermeister von vielen Gemeindetagen. Mit einem Immobilienvermögen von rund neun Milliarden Euro ist die BIG einer der bedeutendsten Immobilieneigentümer Österreichs.



Schon viele Jahre Aussteller auf der Kommunalmesse ist die Firma Selmer. Sie bietet Objekteinrichtungen an, vor allem für Messen und Veranstaltungshallen, Seminar- und Konferenzsäle, Krankenanstalten, Pflegeheime.



Die Prochaska Handels GmbH vertreibt Traktoren der Marke Kioti sowie Rasenmäher für den kommunalen Einsatz.

Die Strabag, Österreichs führendes Bauunternehmen, präsentiert auf der Messe ihre Lösungen für den Bau von Verkehrswegen, Brücken und Sportstätten.



Für interessierte Besucher zeigte der Sportkomplettanbieter Schweiger bei einer von Kommunalverlag-Berater Walter Rettenmoser geführten Tour eine neue Lösung für Akustik-Deckenbespannungen anhand der Sanierung einer alten Hallendecke. Das Problem dabei ist nämlich meist die zu geringe Tragkraft alter Decken.



Oben: Manche haben das „Eis aus Plastik“ wohl nicht ganz ernst genommen. Aber Gottseidank ist nichts passiert und beim zweiten Anlauf gelang ein glatter Zehner (unten).



Der effektive Einsatz von Mikroorganismen wird beim Stand der Firma Multikraft demonstriert.